

im internationalen Leben aus, die auf die Sicherung des Friedens, der Entspannung und der Zusammenarbeit gerichtet sind.

Die Festigung der Einheit der Parteien und Staaten der sozialistischen Gemeinschaft und ihr Zusammenschluß um die KPdSU und die UdSSR - auf deren 50. Gründungstag sich die fortschrittliche Menschheit vorbereitet - hat auch zum Aufschwung jener Kräfte in den kapitalistischen Staaten Europas beigetragen, die für den Abbau der Spannungen und für die Vorbereitung und das Stattfinden einer Konferenz europäischer Staaten für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki wirken.

Als aktuelle, das politische Klima auf unserem Erdteil günstig beeinflussende Aufgabe erweist sich dabei immer mehr die breite internationale Anerkennung der DDR auf der Grundlage der Prinzipien des Völkerrechts.

Das Politbüro des Zentralkomitees der SED würdigte die Arbeit des Zentralkomitees der KPdSU und persönlich dessen Generalsekretärs, Genossen L. I. Breschnew, bei der zielstrebigem Verwirklichung der Beschlüsse des XXIV. Parteitages der KPdSU und des von ihm ausgearbeiteten Friedensprogramms. Wie auf dem Treffen betont wurde, haben die prinzipielle und zugleich elastische Politik des Zentralkomitees der KPdSU und der Sowjetregierung, die gemeinsam abgestimmte Politik der Parteien der sozialistischen Staatengemeinschaft entscheidend dazu beigetragen, daß heute in Europa eine neue Lage besteht und eine neue Phase der Entwicklung eingeleitet worden ist. Ihr Kennzeichen ist die immer umfassender werdende Anerkennung der Politik der friedlichen Koexistenz. Hervorgerufen wurde diese neue Entwicklung im Leben der europäischen Völker vor allem durch die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, durch das Inkrafttreten des Vierseitigen Abkommens über Westberlin und durch die Verträge und Abkommen der DDR mit der BRD sowie mit dem Westberliner Senat. Die Beratung auf der Krim schätzte die positive Bedeutung der Verträge für die weitere Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen hoch ein. Dabei verdient Beachtung, daß die neue Lage in Europa ein Ergebnis auch des Bestrebens der Regierung Brandt/Scheel ist, sachliche Beziehungen zu den Ländern des Ostens zu entwickeln.

Als Resultat der Erörterung des Berichts des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees bekundet das Politbüro des Zentralkomitees der SED seine vollständige Übereinstimmung mit den auf dem Krimtreffen von den leitenden Persönlichkeiten der Parteien und Staaten der sozialistischen Gemeinschaft zu den aktuellen Aufgaben gemeinsam erarbeiteten Einschätzungen und Schlußfolgerungen.

Das Politbüro des Zentralkomitees der SED übermittelt dem Zentralkomi-